



---

Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung  
von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im  
Tourismus (Innotour)

## Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

---

Bern, im Februar 2011

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse</b> .....	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Detaillierte Auswertung der Stellungnahmen</b> .....	<b>7</b>
3.1	Grundsätzliche Beurteilung der Vorlage .....	7
3.1.1	Aufhebung der Befristung und Neuausrichtung der Förderung .....	7
3.1.2	Konzentration auf die nationale Ebene .....	7
3.1.3	Neues Instrument: Regionale und lokale Modellvorhaben .....	8
3.1.4	Neues Förderkonzept: Wissensaufbau als neuer dritter Schwerpunkt .....	9
3.1.5	Strengere Auslegung der Überbetrieblichkeit .....	10
3.1.6	Ausbau der Informationstätigkeit .....	10
3.1.7	Finanzierung .....	11
3.2	Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln .....	11
3.2.1	<i>Art. 1 Gegenstand</i> .....	11
3.2.2	<i>Art. 2 Unterstützte Vorhaben</i> .....	12
3.2.3	<i>Art. 3 Voraussetzungen</i> .....	12
3.2.4	<i>Art. 4 Auflagen</i> .....	12
3.2.5	<i>Art. 5 Höhe und Art der Finanzhilfen</i> .....	13
3.2.6	<i>Art. 6 Verfahren</i> .....	13
3.2.7	<i>Art. 7 Information und Evaluation</i> .....	13
3.2.8	<i>Art. 8 Finanzierung und Berichterstattung</i> .....	13
3.2.9	<i>Art. 9 Vollzug</i> .....	13
3.2.10	<i>Art. 10 Referendum, Inkrafttreten</i> .....	13
3.3	Bemerkungen zur Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz .....	14
<b>4</b>	<b>Anhang: Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden</b> .....	<b>15</b>

# 1 Ausgangslage

Der Bundesrat hat am 25. Juni 2010 die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour) eröffnet. Die Frist zur Stellungnahme dauerte bis am 1. Oktober 2010.

73 Vernehmlassungsadressaten wurden eingeladen, ihre Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf einzureichen. Beim Staatssekretariat für Wirtschaft SECO trafen innerhalb der Frist 65 Stellungnahmen ein.

## Vernehmlassungsadressaten und eingegangene Stellungnahmen:

	Einladung zur Stellungnahme	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone und kantonale Konferenzen	27	27
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	14	6
Gesamtschweizerische Verbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	3
Gesamtschweizerische Verbände der Wirtschaft	8	4
Weitere interessierte Kreise	21	25
<b>Total</b>	<b>73</b>	<b>65</b>

Das Bundesgesetz über Innotour ist am 1. Februar 1998 in Kraft getreten. Es bezweckt, die Attraktivität des touristischen Angebots zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismuslandes Schweiz zu verbessern. Bundesrat und Parlament haben das befristete Gesetz zweimal verlängert. Wegen den guten Erfahrungen im Vollzug soll der Erlass in ein unbefristetes Gesetz umgewandelt werden.

Die Vernehmlassungsadressaten wurden gebeten, insbesondere zu folgenden drei Fragen Stellung zu nehmen:

- Sind Sie mit der Gewichtsverlagerung von Innotour auf die nationale Ebene einverstanden? Sollen "lokale und regionale Modellvorhaben" mit nationaler Ausstrahlung unterstützt werden?
- Wie beurteilen Sie den neuen Fördertatbestand des Wissensaufbaus, der auch die Wissensdiffusion umfassen soll?
- Sind Sie mit der strengeren Auslegung der "Überbetrieblichkeit" einverstanden?

Die Gesetzesvorlage zur Totalrevision von Innotour ist ein zentraler Bestandteil zur Umsetzung der vom Bundesrat am 18. Juni 2010 gutgeheissenen Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz<sup>1</sup>. Obwohl die Wachstumsstrategie des Bundesrates für den Tourismusstandort Schweiz nicht Bestandteil der Vernehmlassung war, äusserten sich viele Vernehmlassungsteilnehmende auch hierzu. Im vorliegenden Ergebnisbericht werden die wichtigsten Bemerkungen zur Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz dargelegt. Zur Implementierung der Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz erarbeitet das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO bis Ende 2011 ein Umsetzungsprogramm für die Periode 2012-2015. Hierbei werden die zur

<sup>1</sup> Bericht des Bundesrates "Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz" vom 18. Juni 2010.

Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz eingegangenen Bemerkungen berücksichtigt.

## 2 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Die Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau (Innotour) stiess in der Vernehmlassung auf ein sehr positives Echo. Begrüsst wird insbesondere die definitive gesetzliche Verankerung von Innotour. Bei insgesamt 65 eingegangenen Stellungnahmen wird die dauerhafte gesetzliche Verankerung von 63 Vernehmlassungsteilnehmenden befürwortet. Die SVP beantragt eine nochmalige Verlängerung um vier Jahre, das Centre Patronal (CP) ist grundsätzlich gegen die Vorlage. Die wesentlichen Neuerungen bei Innotour werden begrüsst. Dazu gehört insbesondere das neue Förderkonzept mit drei Schwerpunkten Innovationsförderung, Zusammenarbeit und Wissensaufbau. Der neue Schwerpunkt Wissensaufbau wird als überaus wichtig erachtet.

Grossmehrheitlich unterstützt wird der Vorschlag des Bundesrates für eine strengere Auslegung der Überbetrieblichkeit. Einige Vernehmlassungsteilnehmende (AI, AR, SG, TI, VS, ML, SGB, SM) äussern sich kritisch gegenüber der strengeren Auslegung der Überbetrieblichkeit, lehnen diese ab bzw. formulieren konkrete Ausgestaltungsvorschläge. Kritisiert wird zum Einen der damit ausgelöste administrative Aufwand, zum Andern wird befürchtet, dass es zu einer Benachteiligung kleinerer Tourismusregionen kommt, in denen oftmals Einzelunternehmen für die touristischen Erneuerungen eine zentrale Rolle spielen.

Die stärkere Ausrichtung von Innotour auf die nationale Ebene wird von der überwiegenden Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden unterstützt. Damit einher geht eine erwünschte komplementäre Positionierung der beiden Standort-Förderinstrumente Innotour und Neue Regionalpolitik (NRP). Einige Vernehmlassungsteilnehmende (AG, AI, FR, GL, JU, SZ, TG, UR, VS, CP, VDK, SGB) stehen einer Konzentration auf die nationale Ebene kritisch gegenüber, äussern gewisse Vorbehalte bzw. lehnen diese ab. Regionale und lokale Formen der Zusammenarbeit seien sehr wichtig und deren Förderung weiterhin notwendig. Das neue Instrument "lokale und regionale Modellvorhaben" fand breite Unterstützung. Die Formulierung von Kriterien für regionale und lokale Modellvorhaben durch das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO wird grundsätzlich begrüsst. Von einzelnen Vernehmlassungsteilnehmenden werden Vorbehalte geäussert, insbesondere sollen die Kriterien nicht zu restriktiv sein.

Der Vorschlag des Bundesrates, die Informationstätigkeit des SECO auszubauen, wird von den Vernehmlassungsteilnehmenden unterstützt. Besonders begrüsst wird, dass Innotour zur Verbesserung der statistischen Grundlagen im Schweizer Tourismus eingesetzt werden soll. Von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden wird eine Unterstützung der Beherbergungsstatistik durch Innotour als prioritär erachtet, wobei diese im Bedarfsfall auch dauerhaft sein soll. Einige Vernehmlassungsteilnehmende halten demgegenüber fest, dass die Finanzierung statistischer Projekte grundsätzlich Aufgabe des Bundesamtes für Statistik sei.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende bemängeln, dass Innotour keine klare Ausrichtung auf die Nachhaltige Entwicklung bzw. den naturnahen Tourismus aufweist. Sechs Vernehmlassungsteilnehmende fordern in diesem Zusammenhang, dass die Erfüllung von Kriterien des naturnahen Tourismus als Voraussetzung für eine Unterstützung durch Innotour ins Gesetz aufgenommen wird (GP, SP, MW, pn, VCS, WWF).

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Betrag von 20 Millionen Franken für den Innotour Verpflichtungskredit 2012-2015 wird von den Vernehmlassungsteilnehmenden grossmehrheitlich als angemessen beurteilt. Von Seiten des Kantons GR bzw. des Branchenverbandes hs wird die Forderung erhoben, die für Innotour vorgeschlagenen Finanzmittel seien zu erhöhen. Die Haltung des Bundesrates, die durch eine Weiterführung von Innotour im Zeitraum 2012-2015 entstehenden Mehraufwendungen von 20 Millionen Franken durch eine Kürzung des Beitrags des Bundes an Schweiz Tourismus vollständig zu kompensieren, wird in den Stellungnahmen zu diesem Thema einhellig abgelehnt. Die

Vernehmlassungsteilnehmenden beurteilen diesen Vorschlag des Bundesrates insbesondere als Widerspruch zu der vom Bundesrat am 18. Juni 2010 gutgeheissenen Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz.

## **3 Detaillierte Auswertung der Stellungnahmen**

### **3.1 Grundsätzliche Beurteilung der Vorlage**

#### **3.1.1 Aufhebung der Befristung und Neuausrichtung der Förderung**

Die vorgeschlagene Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour) stiess auf ein sehr positives Echo. Innotour wird von den Vernehmlassungsteilnehmenden als unverzichtbares Instrument der Tourismuspolitik des Bundes betrachtet, das sich seit seiner Einführung bewährt hat. Die dauerhafte gesetzliche Verankerung des Förderinstrumentes Innotour wird ausdrücklich begrüsst. Hervorgehoben werden die erfreulichen Evaluationsergebnisse und die nachweisbar positiven Effekte der Innotourförderung.

Die Neuausrichtung der Förderung wird begrüsst, und es wird anerkannt, dass hiermit die Wirkung von Innotour weiter gesteigert werden kann (vgl. Ziffer 3.1.2 bis 3.1.7). Von den Vernehmlassungsteilnehmenden wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass bei der Neuausrichtung die Empfehlungen aus der Schlussevaluation zu Innotour berücksichtigt werden.

Grundsätzlich gegen das Vorhaben spricht sich einzig das Centre Patronal (CP) aus. Das CP betont, dass es Aufgabe der Privatwirtschaft ist, genügend Innovationen zur Sicherstellung des unternehmerischen Erfolgs zu generieren. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) anerkennt die positive und nachhaltige Wirkung des Gesetzes und befürwortet eine Fortsetzung der Innotour Förderung. Aus ordnungspolitischen Gründen empfiehlt die SVP jedoch zum heutigen Zeitpunkt auf die Umwandlung in ein unbefristetes Gesetz zu verzichten. Stattdessen sollte das Gesetz in der Beurteilung der SVP ein weiteres Mal um vier Jahre verlängert werden.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende bemängeln, dass Innotour keine klare Ausrichtung auf die Nachhaltige Entwicklung bzw. den naturnahen Tourismus aufweist. Sechs Vernehmlassungsteilnehmende fordern in diesem Zusammenhang, dass die Erfüllung von Kriterien des naturnahen Tourismus als Voraussetzung für eine Unterstützung durch Innotour ins Gesetz aufgenommen wird (GP, SP, MW, pn, VCS, WWF).

#### **3.1.2 Konzentration auf die nationale Ebene**

Die Konzentration der Mittel von Innotour auf die nationale Ebene wird grossmehrheitlich begrüsst. Insbesondere wird auf die damit ermöglichte und erwünschte Abgrenzung und Abstimmung mit der Neuen Regionalpolitik (NRP) hingewiesen. Unterstrichen wird zudem, dass diese Schwerpunktsetzung zu einer Wirkungssteigerung der Innotourförderung beiträgt, indem hiermit die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismuslandes Schweiz als Ganzes im Zentrum steht. Dass gleichzeitig weiterhin regionale und lokale Modellvorhaben gefördert werden können, wird ebenfalls grossmehrheitlich begrüsst (vgl. Ziffer 3.1.3).

Einige Vernehmlassungsteilnehmende (AG, AI, FR, GL, JU, SZ, TG, UR, VS, CP, VDK, SGB) stehen einer Konzentration auf die nationale Ebene kritisch gegenüber, äussern gewisse Vorbehalte bzw. lehnen diese ab. Betont wird insbesondere, dass regionale und lokale Formen der Zusammenarbeit im Tourismus sehr wichtig seien und deshalb deren Förderung weiterhin nicht vernachlässigt werden darf. Als wichtig wird insbesondere erachtet, dass auf eine zu starke Fokussierung auf die nationale Ebene zu verzichten ist und ein Gleichgewicht zwischen nationalen und regionalen Projekten gewahrt wird (GL, LU, NE, VDK, RDK, SGB, STAV).

### 3.1.3 Neues Instrument: Regionale und lokale Modellvorhaben

Das neue Instrument "regionale und lokale Modellvorhaben" wird grossmehrheitlich unterstützt. Begrüsst wird von einer grossen Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden explizit, dass damit weiterhin die Möglichkeit zur Förderung regionaler und lokaler Projekte möglich sein soll. Dabei wird darauf hingewiesen, dass im Tourismus regionale und lokale Innovationen eine grosse Rolle spielen. Von den Kantonen wird begrüsst, dass regionale und lokale Modellvorhaben den kantonalen Leitbildern oder Strategien entsprechen müssen.

Die Festlegung von Kriterien für regionale und lokale Modellvorhaben durch das SECO wird grundsätzlich unterstützt. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende betonen, dass diese nicht zu restriktiv sein dürfen bzw. lehnen diese grundsätzlich ab (AI, BL, JU, SZ, TG, CP, GS, RDK, SBS/VöV). Innovative regionale Projekte sollen auch dann unterstützt werden können, wenn das gleiche Projekt in einer anderen Region aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen oder Rahmenbedingungen nicht "1 zu 1" übernommen werden kann (BL). Die ML wünscht, dass sich die touristischen Akteure zu den Kriterien äussern können.

Einzelne Vernehmlassungsteilnehmende fordern, dass auf die Bedürfnisse von Regionen mit einem strukturellen Nachholbedarf Rücksicht genommen werden muss, sofern sie über ein touristisches Potenzial verfügen (AG, JU). Der Kanton AI ist der Auffassung, dass die Unterstützung von Modellprojekten nicht auf Grossdestinationen konzentriert werden darf und Rücksicht auf die Bedürfnisse kleinerer Destinationen und Tourismusorte genommen werden muss. SM regt an, regionale Projekte dann zu unterstützen, wenn eine grosse Wahrscheinlichkeit besteht, dass diese eine regionale Ausstrahlung erreichen werden.

Der Kanton TG ist der Auffassung, die vorgeschlagenen Voraussetzungen für Modellvorhaben würden zu einer Benachteiligung der Regionen mit einem weniger ausgeprägten Tourismus führen und fordert, dass regionale und lokale Vorhaben im bisherigen Rahmen unterstützt werden. Der Kanton FR betont, dass für grosse Tourismusregionen die Auslegung der Anforderung, wonach regionale und lokale Modellprojekte "national modellhaft" sein müssen, eine andere sein sollte als für kleinere Tourismusregionen. Mit Vorbehalt äussert sich auch der Kanton UR. Gemäss UR soll diese Förderung nicht auf Kosten von Projekten mit „nur“ regionaler Ausstrahlung gehen. Andere Vernehmlassungsteilnehmende betonen, dass es nach wie vor möglich sein soll, ein Projekt zu fördern, welches nur für eine bestimmte Region neu ist und bereits ähnlich anderswo durchgeführt wurde (JU, SBS/VöV).

SBS/VöV begrüssen die Konzentration auf die nationale Ebene und die gleichzeitige Definition von regionalen und lokalen Modellvorhaben. SBS/VöV halten hierzu fest, dass die Kriterien für Modellvorhaben nicht zu starr festgelegt werden dürfen. Dabei gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass das Gesetz neu unbefristet ist. Es muss verhindert werden, dass aufgrund zu starrer Kriterien nach einigen Jahren die Möglichkeiten ausgehen, etwas "Neues" anzugehen. In die gleiche Richtung geht die Stellungnahme des Kantons SG, wonach durch die Festlegung von Kriterien die Förderung unvorhergesehener bzw. unvorhersehbarer Innovationsprojekte nicht ausgeschlossen werden darf.

Der Kanton TI betont die Wichtigkeit, dass die Diffusion und die Nachahmungsmöglichkeit regionaler und lokaler Projekte für den Kanton TI bzw. für die italienisch sprechenden Tourismusakteure sichergestellt werden.

Grossmehrheitlich auf Zustimmung stösst der Vorschlag des Bundesrates, dass der Bund neue Themen vorgeben und (beispielsweise mittels Ausschreibungsverfahren) lancieren kann. Begrüsst wird, dass hiermit die Möglichkeit zur Schaffung von Förderschwerpunkten bestehen wird. Begrüsst wird von den Vernehmlassungsteilnehmenden gleichzeitig, dass der Bottom-Up Förderansatz weiterhin Vorrang haben soll. Grundsätzlich kritisch gegenüber

dem Top-Down Förderansatz äussert sich der Branchenverband GS. GS betont, dass Top-Down Förderung falsche Anreize zum "Abholen von Bundesgeldern" setze und nur in Ausnahmefällen angewendet werden sollte.

### **3.1.4 Neues Förderkonzept: Wissensaufbau als neuer dritter Schwerpunkt**

Das neue Förderkonzept mit den drei Schwerpunkten Innovationsförderung, Zusammenarbeit und Wissensaufbau wird unterstützt. Auf breite Zustimmung stösst insbesondere der Vorschlag des Bundesrates, den Wissensaufbau als neuen dritten Schwerpunkt zu berücksichtigen. Begrüsst werden dabei sowohl die verstärkte Informationstätigkeit durch das SECO (vgl. Ziffer 3.2.7), der intensivierte Erfahrungsaustausch zwischen den Projektträgern sowie die Beibehaltung des Fördertatbestandes "Verbesserung der Aus- und Weiterbildung" (vgl. Ziffer 3.2.2).

Viele Vernehmlassungsteilnehmende begrüssen, dass im Rahmen des Wissensaufbaus Innotour zur Verbesserung der statistischen Grundlagen im Schweizer Tourismus eingesetzt werden soll. Dabei wird insbesondere darauf hingewiesen, dass Innotour zur Sicherstellung des dauerhaften Betriebs der Beherbergungsstatistik (Hotellerie und Parahotellerie) beitragen soll (BS, BL, OW, VD, VS, VDK, CP, GS, hs, SJH, RDK, reka, SBS/VöV, STV, VSC). Hierbei soll Innotour ausnahmsweise auch eine dauerhafte Unterstützung gewähren können. Von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden wird hervorgehoben, dass die Kantone und die Tourismuswirtschaft von ihrer heutigen finanziellen Beteiligung an der Beherbergungsstatistik entlastet werden müssen.

Der Kanton VD weist bei seiner zustimmenden Stellungnahme bezüglich Unterstützung von Statistikprojekten durch Innotour darauf hin, dass es wichtig wäre, ein System für das Monitoring und das Beobachten der Nachfrage- und Angebotsentwicklung im Schweizer Tourismus aufzubauen.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende begrüssen zwar die Leistung von Anschubfinanzierungen aus Innotour zur Verbesserung der Beherbergungsstatistik, lehnen aber eine dauerhafte Unterstützung ab, da dies in den Aufgabenbereich des Bundesamtes für Statistik gehöre (GR, TG, TI, CVP). Die VDK weist auf die Bereitschaft der Kantone zur Unterstützung eines Pilotprojekts (gemeinsam mit dem Bundesamt für Statistik sowie mit Innotour) zur Optimierung der Beherbergungsstatistik hin.

Für den Kanton GL sind Statistikprojekte wie beispielsweise die Beherbergungsstatistik grundsätzlich vom Bundesamt für Statistik zu finanzieren. Eine Erhöhung von 6 Prozent auf 15 Prozent bei den begleitenden Massnahmen von Innotour ist deshalb nicht notwendig. Die SAB teilt diese Haltung und verlangt, dass der Bundesrat dem Bundesamt für Statistik einen klaren Auftrag zur Führung einer aussagekräftigen Tourismusstatistik erteilt. In der Folge fordert die SAB bei Innotour eine Beschränkung der Mittel für begleitende Massnahmen auf 10 Prozent.

SBS/VöV weisen darauf hin, dass bei der angestrebten Verbesserung der statistischen Grundlagen mittels Innotour insbesondere auch die Statistiken zum Freizeitverkehr einzubeziehen sind. Zudem verlangen SBS/VöV zu berücksichtigen, dass die Logiernächte nicht der einzige Massstab zur Beurteilung des Tourismusgeschehens sind.

Von mehreren Vernehmlassungsteilnehmenden wird darauf hingewiesen, dass beim neuen Förderschwerpunkt Wissensaufbau eine enge Zusammenarbeit mit Verbänden, Ausbildungs- und Forschungsinstitutionen, bestehenden Plattformen sowie der Tourismuswirtschaft wichtig sei (AG, AI, BE, LU, OW, ST). Der Kanton BE regt zudem aufgrund potenzieller Überschneidungen an, eine Zusammenlegung dieses Bereichs mit der

Neuen Regionalpolitik vertieft zu prüfen und erachtet auf jeden Fall eine enge gegenseitige Abstimmung als nötig.

### **3.1.5 Strengere Auslegung der Überbetrieblichkeit**

Die strengere Auslegung der Überbetrieblichkeit wird von der überwiegenden Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst. Die damit angestrebte Fokussierung auf überbetriebliche Projekte, welche im öffentlichen Interesse sind, wird unterstützt. Hervorgehoben wird, dass mit dieser verschärften Anforderung der Fokus von Innotour auf die Förderung von überbetrieblichen Netzwerken und Wertschöpfungssystemen gestärkt werden kann. Economiesuisse (es) betont, dass die Überbetrieblichkeit von Innotour aus ordnungspolitischen Gründen zentral ist.

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende (AI, AR, SG, TI, VS, ML, SGB, SM) lehnen die strengere Auslegung der Überbetrieblichkeit ab, stehen dieser skeptisch gegenüber bzw. äussern spezifische Ausgestaltungswünsche. Insbesondere wird auf die Gefahr einer zusätzlichen administrativen Belastung der touristischen Leistungserbringer hingewiesen. In den diesbezüglichen Stellungnahmen wird betont, dass auf jeden Fall auf ein schlankes Verfahren ohne grossen administrativen Mehraufwand geachtet werden muss. Der Kanton SG schlägt vor, dass für den Nachweis der Überbetrieblichkeit eine Frist eingeräumt werden könnte. Der Kanton TI betont, dass eine Verschärfung der Überbetrieblichkeit die Innovation behindern würde.

Die Kantone AR und AI halten fest, dass in kleineren Regionen die Unterstützung von Projekten von einzelnen Unternehmen, welche eine zentrale Bedeutung für die regionale touristische Entwicklung aufweisen, weiterhin möglich sein soll. Bei der Anwendung des Kriteriums der "Überbetrieblichkeit" sollte deshalb die Grösse der einzelnen Destinationen berücksichtigt werden (AR). Dessen Anwendung darf nicht dazu führen, dass die Innotour Mittel nur noch in Grossdestinationen eingesetzt werden.

### **3.1.6 Ausbau der Informationstätigkeit**

Der mit der Totalrevision von Innotour angestrebte Ausbau der Informationstätigkeit des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO wird unterstützt. Begrüssst wird, dass mit einer gezielten Informationstätigkeit über die geförderten Projekte sowie mit der Förderung des Informationsaustausches im Tourismus allgemein der Diffusionsprozess der Innovationsförderung gestärkt wird. Hiermit können wertvolle Nachahmungs- und Adaptationsprozesse ausgelöst werden.

Hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden, dass der Bund seinen Beitrag zur Verbesserung der statistischen Grundlagen im Schweizer Tourismus verstärken muss (vgl. für detaillierte Ausführungen Ziffer 3.1.4).

Betont wird von mehreren Vernehmlassungsteilnehmenden, dass die erwünschte verstärkte Informationstätigkeit des SECO nicht zu Doppelspurigkeiten führen darf. So hält beispielsweise der Kanton BE fest, dass bei den bundeseigenen Informationstätigkeiten Universitäten, Fachhochschulen und Branchenorganisationen einzubinden seien.

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende (RDK, SM, STV, TCS, VSTM) regen an, zu prüfen, ob im Zusammenhang mit dem Ausbau der Informationstätigkeit des SECO sowie dem neuen Förderschwerpunkt Wissensaufbau eine Zusammenarbeit mit dem Schweizer Tourismus-Verband STV zweckdienlich sein könnte. Hervorgehoben wird, dass der STV über entsprechendes Know-how sowie über geeignete Gremien und Kontakte insbesondere für die Organisation des Erfahrungsaustausches zwischen Innotour Projektträgern verfügt.

### **3.1.7 Finanzierung**

Der Vorschlag des Bundesrates, für die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus in den Jahren 2012 bis 2015 fünf Millionen Franken pro Jahr, total 20 Millionen Franken, zur Verfügung zu stellen, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Zwei Vernehmlassungsteilnehmende (GR, hs) erachten 20 Millionen Franken für die Jahre 2012-2015 als zu wenig und beantragen eine Aufstockung der Innotour Mittel auf 21 bzw. 24 Millionen Franken. Hs begründet die beantragte Mittelerhöhung mit der Verbreiterung des Wirkungsfeldes von Innotour um den dritten Förderschwerpunkt Wissensaufbau. Auch von der SI wird die Frage aufgeworfen, ob der Verpflichtungskredit von 20 Millionen für vier Jahre nicht erhöht werden müsste. Der SGB wünscht sich, dass der Bund über Innotour zusätzliche Mittel für eine "Qualifizierungsinitiative" bereit stellt.

Der Vorschlag des Bundesrates, die durch Innotour bedingten Mehraufwendungen 2012-2015 durch eine Kürzung des Zahlungsrahmens und der Voranschlagskredite für Schweiz Tourismus um 20 Millionen Franken vollständig zu kompensieren, wird in den Stellungnahmen zu diesem Thema einhellig abgelehnt. Für die grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden ist die Tourismuspolitik auf eine genügende Ausstattung beider Instrumente - "Touristische Landeswerbung" und "Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus" - angewiesen.

Die Kürzung der Mittel für Schweiz Tourismus wird von vielen Vernehmlassungsteilnehmenden als Widerspruch zu den strategischen Stossrichtungen der vom Bundesrat am 18. Juni 2010 gutgeheissenen "Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz" gesehen. Zudem wird festgehalten, dass die Bundesmittel für Schweiz Tourismus einen Multiplikatoreffekt in Form zusätzlicher Mittel aus der Tourismuswirtschaft haben. Würden die Bundesmittel für Schweiz Tourismus gekürzt, hätte dies somit einen zusätzlichen Rückgang bei den von der Branche für das touristische Landesmarketing zur Verfügung gestellten Mittel zur Folge.

Eine Koppelung der Kredite für das touristische Landesmarketing und die touristische Innovationsförderung wird als nicht sachgerecht angesehen. Erstens fehlt die inhaltliche Konsistenz, da Innovation nicht oder nur schwach mit dem touristischen Landesmarketing verbunden ist. Zweitens besteht zwischen den beiden Instrumenten keine zeitliche Konsistenz, die Aussenwerbung ist auf einen ungleich kürzeren Horizont von einigen Monaten ausgelegt.

Die FDP lehnt eine Kompensation in Form einer Mittelkürzung bei Schweiz Tourismus ab und verlangt gleichzeitig, dass die Finanzierung von Innotour bundesintern kostenneutral erfolgt. Die FDP fordert den Bundesrat auf, alternative Kompensationsvorschläge zu machen. In die gleiche Richtung geht die Stellungnahme des sgV, welcher die Kompensation durch eine Mittelkürzung bei Schweiz Tourismus ebenfalls ablehnt. Gleichzeitig hält der sgV fest, dass die Bundesverwaltung unter Berücksichtigung der Schuldenbremse andere Vorschläge bringen muss.

## **3.2 Stellungnahmen zu den einzelnen Artikeln**

### **3.2.1 Art. 1 Gegenstand**

Das neue Förderkonzept mit dem neuen dritten Schwerpunkt Wissensaufbau stösst auf breite Zustimmung (vgl. Ziffer 3.1.4). Insbesondere wird die grosse Bedeutung des Wissensaufbaus als neuer dritter Schwerpunkt betont.

Der WWF fordert für Artikel 1 eine alternative Formulierung: "Der Bund kann im Rahmen der bewilligten Kredite Finanzhilfen für die Innovation, die Zusammenarbeit sowie den Wissensaufbau im Tourismus gewähren, *welche als Ziel eine nachhaltige Entwicklung verfolgen*". Damit soll sichergestellt werden, dass die Innotourförderung den Schweizer Tourismus mit klaren Kriterien in nachhaltige Bahnen lenkt.

### **3.2.2 Art. 2 Unterstützte Vorhaben**

Die Auflistung der unterstützten Vorhaben in Artikel 2, Absatz 1, Buchstaben a bis d, wird breit unterstützt. Begrüsst wird insbesondere, dass auch weiterhin Projekte zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung unterstützt werden können (vgl. Ziffer 3.1.4).

Der Verzicht auf den Fördertatbestand "Forschung und Entwicklung" wird vom Kanton SG bedauert, da hierfür nach wie vor ein Bedarf vorhanden sei. Die Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten muss gemäss SG auch zukünftig möglich sein. Kritisch gegenüber dem Verzicht auf den Fördertatbestand "Forschung und Entwicklung" äussert sich auch das CP. Das CP hält fest, dass die Tatsache, wonach dieser Fördertatbestand nur selten in Anspruch genommen wurde, nicht Grund genug sei, darauf zu verzichten.

Der Branchenverband GS beantragt, den Absatz 2 ("Konzentration des grösseren Teils der Mittel auf wenige Vorhaben") zu streichen, da die Mittelverwendung insgesamt gut geregelt sei und dieser Absatz deshalb überflüssig sei.

### **3.2.3 Art. 3 Voraussetzungen**

Die Voraussetzungen zur Förderung von eingereichten Vorhaben werden grossmehrheitlich unterstützt.

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende verlangen spezifische Anpassungen. Beispielsweise wird gefordert, dass als Voraussetzung zur Förderung eingereicherter Projekte die "Kriterien des naturnahen Tourismus" erfüllt sein müssen (GP, SP, MW, pn, VCS, WWF).

Pn fordert den Verzicht auf die Förderung regionaler und lokaler Vorhaben (Streichung von Art. 3, Abs. 2, Buchstabe b), da die Auswirkungen dieses Absatzes nicht absehbar seien.

Der SGB fordert, dass nur Projekte gefördert werden, bei denen die Projektträger die kollektiven Arbeitsverträge respektieren.

Vereinzelt wird gefordert, dass bei Absatz 2, Buchstabe b, "regionale und lokale Modellvorhaben" auf die Formulierung von Kriterien verzichtet wird, da dies zu einschränkend sei (GS, TG). Für weitere Ausführungen hierzu vgl. Ziffer 3.1.3.

Der Kanton BE fordert als zusätzliche Voraussetzung, dass die geförderten Projekte "*den Zielen der raumrelevanten Sektoralpolitiken des Bundes und der Raumplanung soweit als möglich Rechnung tragen*". Hiermit soll die Koordination mit den raumrelevanten Sektoralpolitiken des Bundes und der Raumplanung sichergestellt werden.

### **3.2.4 Art. 4 Auflagen**

Die Verschärfung der Anforderung an die Überbetrieblichkeit (Artikel 4, Buchstabe b) wird grossmehrheitlich begrüsst (vgl. Ziffer 3.1.5).

### **3.2.5 Art. 5 Höhe und Art der Finanzhilfen**

Die Beibehaltung der Beschränkung der Finanzhilfen auf 50 Prozent der anrechenbaren Kosten wird begrüsst. Hiermit liegt die Verantwortung für die Realisierung der Projekte klar bei den Projektträgern und die gewollte überbetriebliche Umsetzung durch mehrere Partner wird unterstützt.

### **3.2.6 Art. 6 Verfahren**

Die Beibehaltung der Möglichkeit zur Stellungnahme direkt betroffener Kantone wird begrüsst. Insbesondere bei regionalen und lokalen Modellvorhaben wird dies als notwendig erachtet (vgl. Ziffer 3.1.3).

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGEV) fordert, dass neben den Stellungnahmen der direkt betroffenen Kantone auch die Stellungnahmen der direkt betroffenen Gemeinden eingeholt werden sollen. Hierzu soll Art. 6 entsprechend ergänzt werden. Der SGEV begründet dies damit, dass die Gemeinden eine wichtige Rolle im Tourismus spielen und beispielsweise von den Folgekosten bei strategischen Fehlentscheiden von Destinationen direkt betroffen sind.

### **3.2.7 Art. 7 Information und Evaluation**

Die Verstärkung der Informationstätigkeit durch das SECO wird in der Vernehmlassung einheitlich begrüsst (vgl. Ziffer 3.1.6). Hervorgehoben wird die grosse Bedeutung der Zusammenarbeit mit bestehenden Institutionen, mit der Tourismuswirtschaft sowie mit den Tourismusregionen und -kantonen.

### **3.2.8 Art. 8 Finanzierung und Berichterstattung**

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende (GE, GR, BL, CP, hs, reka, FDP, SBS/VöV, STV) beantragen eine Präzisierung von Artikel 8, Absatz 1. Die Finanzierung von Innotour soll von der Bundesversammlung jeweils für vier Jahre geregelt werden. Dies in Analogie zum Bundesgesetz über Schweiz Tourismus (SR 935.21), zum Bundesgesetz über die Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz (SR 194.2) bzw. zum Bundesgesetz über die Förderung des Exports (SR 946.14).

### **3.2.9 Art. 9 Vollzug**

Keine spezifischen Stellungnahmen.

### **3.2.10 Art. 10 Referendum, Inkrafttreten**

Keine spezifischen Stellungnahmen.

### **3.3 Bemerkungen zur Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz**

Die vom Bundesrat am 18. Juni 2010 gutgeheissene Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz stösst auf grosse Zustimmung. Begrüssst wird insbesondere, dass der Bund hiermit ein Bekenntnis zur Tourismuswirtschaft ablegt und deren zukünftiges Wachstum mittels Verbesserung der Rahmenbedingungen und gezielter Standortförderung unterstützen will. Sehr positiv hervorgehoben wird von den Vernehmlassungsteilnehmenden, dass mit dem Vorlegen einer übergeordneten Wachstumsstrategie für den Tourismusstandort Schweiz die Totalrevision von Innotour in einen konzeptionellen Rahmen gestellt werden kann.

Hervorgehoben wird die herausragende Bedeutung optimaler Rahmenbedingungen und in diesem Zusammenhang wird die mit der Wachstumsstrategie beabsichtigte Verstärkung der tourismuspolitischen Querschnittsaufgaben ausdrücklich begrüsst.

Die Vernehmlassungsteilnehmenden erachten die vom SECO zu erarbeitenden Umsetzungsprogramme zur neuen Wachstumsstrategie als wichtige Konkretisierung. Die nationalen Tourismusverbände wünschen in der Erarbeitung der Umsetzungsprogramme wiederum einbezogen zu werden, so wie dies bei der Erarbeitung der Wachstumsstrategie in vorbildlicher Art der Fall gewesen sei.

Einzelne Vernehmlassungsteilnehmende (sl) kritisieren die Ausrichtung der Strategie auf Wachstum.

## 4 Anhang: Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

### 1. Kantone und kantonale Konferenzen

AG	Kanton Aargau
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
BE	Kanton Bern
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt
FR	Canton de Fribourg
GE	Canton de Genève
GL	Kanton Glarus
GR	Kanton Graubünden
JU	Canton du Jura
LU	Kanton Luzern
NE	Canton de Neuchâtel
NW	Kanton Nidwalden
OW	Kanton Obwalden
SG	Kanton St. Gallen
SH	Kanton Schaffhausen
SO	Kanton Solothurn
SZ	Kanton Schwyz
TG	Kanton Thurgau
TI	Cantone Ticino
UR	Kanton Uri
VD	Canton de Vaud
VS	Kanton Wallis
ZH	Kanton Zürich
ZG	Kanton Zug

VDK	Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren
-----	---

### 2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	FDP. Die Liberalen
GP	Grüne Partei der Schweiz
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei

### 3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SGEV	Schweizerischer Gemeindeverband
STAV	Schweizerischer Städteverband

### 4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

es	economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen
SBV	Schweizerischer Bauernverband
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband

### 5. Weitere interessierte Kreise

ARH	Association Romande des Hôteliars
CP	Centre Patronal
GS	GastroSuisse
hs	hotelleriesuisse Swiss Hotel Association
ML	Municipalité de Lausanne
MW	mountain wilderness
NP	Netzwerk Schweizer Pärke
pn	pro natura
RDK	Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren der Schweiz
reka	Schweizer Reisekasse
RSV	Schweizerischer Reisebüro-Verband
SAC	Schweizer Alpen-Club
SBS/VöV	Seilbahnen Schweiz / Verband öffentlicher Verkehr
SJH	Schweizer Jugendherbergen
sl	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
SM	SchweizMobil
SSA	Swiss Snowsports Association
ST	Schweiz Tourismus
STV	Schweizer Tourismus-Verband
TCS	Touring Club Schweiz
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VSC	Verband Schweizerischer Campings
VSSU	Verband Schweizerischer Schifffahrtsunternehmen
VSTM	Verband Schweizer Tourismus Manager
WWF	WWF Schweiz